

Auch im zweiten Anlauf schaffte Nackenheim's Etat nicht die Hürde

CDU-Fraktion stimmte Haushaltssatzung zu / Stellenplan war bereits einmütig genehmigt

Nackenheim. Auch in der zweiten Sitzung konnte im Gemeinderat keine Einigung über die Haushaltssatzung erzielt werden. Nachdem sich die Ratsmitglieder über den Stellenplan geeinigt hatten, stimmte die CDU gegen die Verabschiedung der Haushaltssatzung. Dabei konnte Beigeordneter Paul Schneider als Vorsitzender nicht mitstimmen. Es kam deshalb mit neun Ja-Stimmen der Freien Liste Grünwald und der SPD und bei ebenfalls neun Gegenstimmen der CDU zur Stimmengleichheit. Dadurch wurden die vorangegangenen Abstimmungen über den ordentlichen und außerordentlichen Etat hinfällig.

Die Sitzung war von harten Auseinandersetzungen gekennzeichnet. Kompromißlosigkeit, persönliche Zwietracht sowie Polemik bildeten den Rahmen der Verhandlungen. In einem an die Verwaltung gerichteten Schreiben drückte die Betriebsleitung der Vereinigten Kapselabriken ihr Befremden über die von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Streichung von 15 369 Mark als Rückzahlung für den Ausbau der Weinbergstraße aus. Die Gemeinde habe sich vor dem Ausbau bereit erklärt, sich an den Kosten zu beteiligen. Im Falle einer Nichtzahlung behalte sich das Werk alle rechtlichen Maßnahmen vor. In einem Schreiben an das Werk hat die Verwaltung bereits mitgeteilt, daß die Vereinbarungen zur Rückzahlung der 15 369 Mark zu Recht bestehen.

Nach einer Sitzungsunterbrechung betonte Franz-Josef Bernard, daß immer noch nicht alles klar sei. Die CDU-Fraktion wolle wissen, in welchem Umfang und von wem die Zusage an das Werk gegeben worden sei. Er beantragte, die Summe aus dem Etat herauszunehmen und nach Klärung in einem Nachtragshaushalt wieder aufzunehmen.

Rudolf Scholz (SPD) erklärte, daß man mit diesen Maßnahmen der Gemeinde einen schlechten Dienst erwiesen habe. Die Vereinbarungen zwischen Werk und Verwaltung seien in Ausschusssitzungen und im Gemeinderat behandelt worden. Mit zehn Stimmen der Freien Liste sowie vier SPD wurde der Antrag gegen neun Stimmen der CDU abgelehnt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung gab es zahlreiche Änderungsanträge der Fraktionen. Zu harten Auseinandersetzungen führte der Antrag von Josef Gabel, für die Anschaffung eines Löschfahrzeuges der Freiwilligen Feuerwehr die Rücklage aus der Jagdpacht von 6084 Mark zu verwenden.

Die Sprecher der CDU-Fraktion sprachen sich für eine Belassung der bisherigen Regelung aus. Man solle die bereits gefaßten Beschlüsse, die Gelder zur Senkung der Anliegerbeiträge für den Wirtschaftswegbau zu verwenden, akzeptieren. Bei der Verwaltung seien bereits Zusagen für den Ausbau des Kuh- und Mühlweges als befestigter Wirtschaftsweg vom Ministerium eingegangen.

Die Sprecher der SPD und der Freien Liste betonten, daß niemand die Gemeindevertretung hindern könne, durch einen neuen Beschluß die Mittel einem gemeinnützigen Zweck zuzuführen. Der Antrag wurde mit zehn Stimmen gegen neun Stimmen der CDU angenommen.

Franz-Josef Bernard schlug im weiteren Verlauf der Sitzung vor, im Etat in Einnahme 10 000 Mark für Anliegerbeiträge in der Mainzer Straße weniger einzusetzen. Man solle außerdem versuchen, die vorgesehenen 10 000 Mark für Verzugszinsen an das Land rückgängig zu machen. Die Zinsen für den Kassenkredit solle man von 1500 Mark auf 6000 Mark erhöhen. Man beschloß auf Vorschlag von Rudolf Scholz (SPD), diesen Betrag auf 3000 Mark festzusetzen. Die Erhöhung des Heizbletats von 10 000 Mark auf 14 000 Mark soll auf Anregung von Josef Gabel erst im Nachtrag geregelt werden.

● ZUSCHÜSSE FÜR VEREINE

Zu heftigen Auseinandersetzungen führte der Vorschlag von Josef Gabel (Freie Liste), durch Senkung der Prozeßkosten um 500 Mark dem DRK- sowie dem DLRG-Ortsverband jeweils 250 Mark bereitzustellen. Franz-Josef Bernard (CDU) warf der Freien Liste vor, nur denjenigen Vereinen einen Zuschuß gewähren zu wollen, wo der ehemalige Bürgermeister Vorsitzender sei. Wenn man an zwei Vereine Zusagen mache, müsse man alle Vereine unterstützen.

Ratsmitglied Marek (Freie Liste) erklärte, daß die DLRG sowie das DRK gemeinnützige Einrichtungen seien und deshalb eine Sonderstellung einnähmen. Beigeordneter Paul Schneider erklärte hierzu, daß man sich in den Ausschusssitzungen einig gewesen sei, nur der Feuerwehr einen Zuschuß zu bewilligen. Man beschloß, die Angelegenheit eventuell in einem Nachtragsetat nochmals zu beraten.

● KEINE KÄUFER FÜR SCHULE

Gleich zu Beginn der Sitzung wurde die Dringlichkeit zur Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 130 000 Mark zur Restfinanzierung der neuen Schule abgelehnt.

Für die erforderliche Zweidrittelmehrheit reichten die zehn Ja-Stimmen gegen sechs Nein-Stimmen der CDU, bei einer Enthaltung, nicht aus. Beigeordneter Paul Schneider erklärte, daß das Geld dringend benötigt würde. Da sich bisher noch kein Käufer für die alte Schule an der Weinbergstraße gefunden hätte. m

Aus dem Kreis Mainz

A3

Frederic Ollig